



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2007/06884**
Datum: 20.11.2007
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Dr. Annegret Bergner

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	12.12.2007	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU, zur Schülerbeförderung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge in Zusammenarbeit mit der HAVAG Änderungsmöglichkeiten der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) prüfen, in deren Ergebnis für alle Schüler der Stadt - zumindest der Sekundarstufe I – unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnort und Schule eine kostenfreie Nutzung des Beförderungsnetzes für den Schulweg angeboten wird, ohne dabei gravierend von den bisher von der Stadt gezahlten Beträgen für Schülerbeförderung abzuweichen.

gez. Dr. Annegret Bergner
Stadträtin

Begründung:

Nach geltender Satzung zur Schülerbeförderung vom Mai 1999 stellt die Stadt allen Schülern, die in der Stadt Halle (Saale) wohnen, Schülerfahrkarten zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung, sofern (abgesehen von Sonderansprüchen) der Weg zur Schule für Schüler der Klassen 1 - 4 und Vorklassen mehr als 2,0 km, für Schüler der Klassen 5 - 10 mehr als 3,0 km beträgt. Die gesetzlich vorgegebene Anspruchsberechtigung (GO LSA in Verbindung mit SG LSA) zur Beförderung für "die Teilnahme an dem im Stundenplan vorgesehenen Unterricht (obligatorischer Unterricht) oder im Einzelfall von der Schule angeordnetem Unterricht" wird mit den in Halle ausgereichten Fahrkarten erweitert auf die gesamte Freizeit (einschließlich Abendstunden und Wochenenden) mit Ausnahme weniger Ferienwochen. Bei den inzwischen auf über 330 € angestiegenen Kosten für eine Schülerfahrkarte ist dieses Anspruchsrecht offenbar ein nicht zu unterschätzender Gesichtspunkt bei der Wahl einer weiterführenden Schulform oder der Entscheidung zu Schulstandorten geworden, wird dadurch ja auch eine kostenfreie Fahrt in die Innenstadt (beispielsweise zu Sport- oder Musikschulangeboten, zu Theater, Konzerten u. a.) ermöglicht, was für viele Schüler, insbesondere in Neustadt oder der Silberhöhe, die dieses Anspruchsrecht nicht haben, oft schon zu einer entscheidenden Hürde geworden ist.

Die Stellungnahme der Verwaltung lautet:

1. Die Verwaltung nimmt den Antrag der Frau Stadträtin Dr. Annegret Bergner an.
2. Die Verwaltung wird in Abstimmung mit den Stadträtinnen und Stadträten dem Vorstand der HAVAG untersetzte Lösungsvorschläge zur Stellungnahme unterbreiten.
3. Die Verwaltung wird bei vorliegenden Ergebnissen kurzfristig die Anpassung der Satzung zur Schülerbeförderung einleiten.
4. Als Prüfzeitraum schlägt die Verwaltung das I. Quartal 2008 vor.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung